

Empfehlungen bleiben unbeachtet

Richter sollen von der Aufsicht über die Staatsanwaltschaft nicht ausgeschlossen werden

Von Thomas Gubler

Liestal. Eigentlich wollte die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Landrats unter ihrem Präsidenten Hanspeter Weibel (SVP) der jahrelangen Auseinandersetzung um die Aufsicht der Staatsanwaltschaft ein Ende bereiten. Klare Regeln für die Fachkommission, welche diese Aufsicht für die Regierung wahrnimmt, sollten das Prinzip der Gewaltentrennung gewährleisten und Interessenskollisionen oder gar Befangenheiten der Mitglieder vermeiden. Eine entsprechende Gesetzesanpassung wurde vom Landrat Ende letzten Jahres angestossen.

Inzwischen ist das angestrebte Ziel aber bereits infrage gestellt. So fehlt in einem ersten Vorentwurf für die Gesetzesrevision eine Unvereinbarkeitsregel für Mitglieder der Fachkommission. Womit der Knatsch zwischen der Staatsanwaltschaft und der Fachkommission, der in der Vergangenheit in schöner Regelmässigkeit für klimatische Verstimmungen gesorgt und der Ersten Staatsanwältin ein dürftiges Wiederwahlresultat beschert hat, weitergehen könnte.

Nach epischen Auseinandersetzungen im Landrat und in der Öffentlichkeit über Aufgaben und Kompetenzen der Fachkommission sowie darüber, wer der Kommission angehören darf, hatte die GPK verschiedene Empfehlungen an die Regierung formuliert. So empfahl sie, die Aufgabe der Fachkommission so zu formulieren, dass diese schlicht und einfach dem Regierungs-

rat, dessen Hilfsorgan sie ist, über ihre Tätigkeit berichtet. Parlamentarische Kommissionen wären – abgesehen von der Oberaufsicht der GPK – nicht mehr involviert. Denn schliesslich ist die Staatsanwaltschaft der Regierung und nicht dem Parlament administrativ unterstellt.

Gleichzeitig empfahl die GPK, die Fachkommission personell zu überprüfen und die gesetzlichen Grundlagen so anzupassen, dass kein Mitglied der Fachkommission Leistungsempfänger der Staatsanwaltschaft ist oder deren Handlungsweise beeinflussen kann. Zu Reibereien hatte jeweils der Umstand geführt, dass dieser Fachkommission Strafgerichtspräsidenten angehören, denen die Staatsanwälte im Prozess dann wieder gegenüberstehen. Gemäss GPK würden unter diesen Umständen strafrechtliche «Mitspieler», nämlich Gerichtspräsidenten, gleichzeitig als «Hilfsschiedsrichter» oder «Aufseher» agieren. Durch eine Unvereinbarkeit für Richter, aber auch für Anwälte und Ermittlungspersonen sollte diese Konstellation verhindert werden.

Hilfsschiedsrichter und Aufseher

Genau diese Empfehlungen der GPK wurden aber in einem ersten Entwurf zur Revision des Einführungsgesetzes zur eidgenössischen Strafprozessordnung entweder gar nicht berücksichtigt oder die Umsetzung blieb auf halbem Weg stehen. Zwar ist weitgehend unbestritten, dass die Fachkommission ein Hilfsorgan der Regierung und nur der Regierung ist. Gleichwohl wird dann

aber der Landrat ins Spiel gebracht, indem bei Uneinigkeit über die Inspektion zwischen Regierung und Fachkommission Letztere die Geschäftsprüfungskommission informieren kann. Eine Massnahme, die nicht nur unlogisch, sondern auch nicht zielführend ist. Denn die GPK ist ein Organ des Landrats, welche eine Oberaufsicht und keine (operative) Aufsicht führt. Mit andern Worten: Die Gewaltentrennung, die man eigentlich herstellen sollte, würde gleich wieder geritzt.

Trotz Landratsbeschluss

Nicht umgesetzt wurde die zweite Empfehlung. Gemäss von verschiedenen Seiten bestätigten Informationen soll nämlich auf die gesetzliche Regulierung von Unvereinbarkeiten verzichtet werden. Die Ermittlungstätigkeit würde eine Mitgliedschaft in der Fachkommission von vornherein ausschliessen. Und was die Richterinnen und Richter betrifft, seien diese von Berufs wegen unparteiisch, so die Begründung.

Das erstaunt insofern, als die Empfehlungen der Geschäftsprüfungskommission nicht einfach ein Angebot sind, von dem man Gebrauch machen kann oder nicht. Immerhin hat der Landrat am 14. November 2014 mit 53 zu 29 Stimmen beschlossen, vom Folgebericht der GPK Kenntnis zu nehmen und deren Empfehlungen zu überweisen. Wobei Letztere nicht als blosses «Beigemüse» zu betrachten sind. Denn zuvor hatte das Kantonsparlament einen Antrag der SP, nur vom Bericht Kenntnis zu nehmen, die Empfehlun-

gen aber nicht zu überweisen, mit 49 zu 31 Stimmen abgelehnt.

«Unklar» findet daher auch GPK-Präsident Hanspeter Weibel das Vorhaben der Regierung beziehungsweise der Sicherheitsdirektion (SID). Und auch das bisherige Verfahren vermag den Bottminger nicht zu überzeugen. Denn offenbar hat sich die Justiz- und Sicherheitskommission (JSK) mit dem Vorhaben der Regierung bereits auseinandergesetzt, ohne dass der GPK-Präsident dazu begrüsst worden wäre. Was den Inhalt des Revisionsentwurfs betrifft, so vermutet Weibel, dass die Regierung die Empfehlungen der GPK zwar bei Vorschlägen für die Wahl in die Fachkommission berücksichtigen, aber nicht ins Gesetz aufnehmen wolle. «Damit aber fehlt ihnen jede Verbindlichkeit», sagt der GPK-Präsident.

SID-Generalsekretär Stephan Mathis bestätigt der BaZ die Existenz eines entsprechenden Vorentwurfs. Zu diesem sei ein sogenanntes Vormitberichtsverfahren bei verschiedenen Behörden durchgeführt worden. Nach Auswertung der Ergebnisse werde ein Vernehmlassungsentwurf ausgearbeitet mit dem Ziel, dazu im Herbst das Vernehmlassungsverfahren zu eröffnen. «Es sind also noch keine definitiven Entscheide über den Inhalt der Revisionsvorlage gefallen», sagt Mathis. Was die Empfehlungen der Geschäftsprüfungskommission betrifft, so handle es sich um einen Prüfungsauftrag und nicht um verbindliche Anordnungen der GPK beziehungsweise des Landrats, erklärt der Generalsekretär.

Neue Front gegen Sparpaket

Zahnärzte und Polizisten wehren sich gegen Sparmassnahmen

Von Aaron Agnolazza

Liestal. Das Baselbieter Sparpaket, das bis 2019 zu Einsparungen in der Höhe von 188 Millionen Franken führen soll, stösst weiterhin auf wenig Gegenliebe. Wie gestern bekannt wurde, kritisieren jetzt auch die Schweizerische Zahnärzte-Gesellschaft Baselland (SSO) sowie der Personalverband der Polizei Basel-Landschaft (PVPBL) die von der Regierung angekündigten Sparmassnahmen. Diese sehen neben diversen Einzelmassnahmen einen generellen Stellenabbau von zehn Prozent innerhalb der kantonalen Verwaltung vor.

Gegen diese Sparvorgabe wehrt sich der PVPBL in einer Stellungnahme dezidiert, da dies «rein rechnerisch» bis 2019 einen Abbau von 50 Stellen bei der Polizei Basel-Landschaft bedeuten würde. Mit dem angekündigten Stellenabbau wären laut dem PVPBL ein «empfindlicher Leistungsabbau» und eine «deutlich wahrnehmbare Reduktion der Sicherheit» die Folge. Wie die BaZ bereits berichtete, sollen Stellen bei der Verkehrsinstruktion und der Einbruchsprävention gestrichen werden. Im Speziellen diese Pläne von Sicherheitsdirektor Isaac Reber (Grüne) sind für den PVPBL «völlig unverständlich», wie der Verband weiter schreibt.

Lohnkürzung wird abgelehnt

Von insgesamt sieben Stellen bei der Verkehrsinstruktion sollen deren drei bereits auf 1. Januar 2016 abgeschafft werden; zwei Stellen bei der Einbruchsprävention sollen ebenfalls auf dieses Datum hin wegfallen. Angesichts des Erfolges der Einbruchsprävention will sich der Verband dezidiert gegen diesen Abbau wehren. Auch die generelle Lohnkürzung von einem Prozent werde abgelehnt, da den Angehörigen des Baselbieter Polizeikorps in den vergangenen sechs Jahren nie ein Teuerungsausgleich gewährt und Zulagen gestrichen worden seien.

Negative Folgen bei der Prävention befürchten auch die Zahnärzte: Die ebenfalls im Rahmen der Finanzstrategie angekündigte Streichung der Schulzahnpflegeinstruktionen sieht Einsparungen von insgesamt 190 000 Franken pro Jahr vor. Die SSO Baselland appelliert an die Regierung, auf diese Streichung zu verzichten, da gesunde Kinderzähne wichtig seien, um später hohe Folgekosten zu verhindern. Der Verzicht auf kurzfristige Einsparungen, für die Zahngesundheit der Kinder sei diese aber ein Verlust einer wichtigen präventiven Massnahme, monieren die Baselbieter Zahnärzte.

Nachrichten

Häftling begeht Suizid in Untersuchungshaft

Liestal. Wie die Sicherheitsdirektion Basel-Landschaft mitteilt, wurde am Freitagmorgen ein Insasse des Gefängnisses Liestal tot in seiner Zelle gefunden. Gemäss ersten Erkenntnissen hatte sich der 35-Jährige, der seit etwa zwei Wochen in einer Einzelzelle in Untersuchungshaft sass, erhängt. Die genauen Umstände des Suizids werden von der Staatsanwaltschaft abgeklärt; eine Obduktion wurde angeordnet. Der letzte Suizid in einem Baselbieter Gefängnis ist auf das Jahr 2002 zurückdatiert.

Zugausfälle wegen kaputtem Gleis

Tecknau. Zu Zugausfällen und Behinderungen im Zugverkehr kam es ab gestern Nachmittag auf der Strecke Olten–Basel auf der Höhe von Tecknau. Ein Lokführer hatte gegen 15.20 Uhr eine Beschädigung am Gleis gemeldet, worauf der Abschnitt zwischen Tecknau und Gelterkinden nur einleisig befahren werden konnte. In der Folge wurden diverse Schnellzüge zwischen Zürich und Basel via Frick umgeleitet. Die Interregio-Züge der Strecken Luzern–Olten–Basel fielen zwischen Olten und Basel aus.

Singvögel und kleine Aale auf dem Speiseplan

Immer wieder fördern Grabungen in Kaiseraugst Überraschendes aus der Römerzeit zutage

Von Thomas Immoos

Kaiseraugst. Wer in Kaiseraugst bauen will, muss in der Regel damit rechnen, dass Archäologen das Bauareal betreten, bevor die ersten Bagger auffahren. Dies war auch am Heidemurweg der Fall, wo auf dem Areal, auf dem zuvor ein Einfamilienhaus stand, nun fünf Einfamilienhäuser gebaut werden sollen.

Seit Mitte April, und noch bis Mitte September, sind auf dem Gelände Archäologen an der Arbeit. Stefan Wyss, Leiter Archäologische Untersuchungen bei der Kantonsarchäologie Aargau, betonte gestern vor den Medien: «Die Lage der Baustelle ist aus archäologischer Sicht von Bedeutung.» Denn anders als die Oberstadt von Augusta Raurica, wo sich Prunkbauten wie das Amphitheater befanden, sei die Unterstadt noch wenig erforscht.

Studierende der Archäologie der Uni Basel nutzen zudem die Gelegenheit, an einem einwöchigen Feldkurs an der Grabungsstelle Rüstzeug für ihren künftigen Beruf zu holen. Sie graben aus, schlämmen und sieben Erdproben, bestimmen und sortieren die Funde. Konzentriert, in kleinen Gruppen, sind die künftigen Archäologen an der Arbeit. Fachbücher und -zeitschriften sind aufgeschlagen, und der Laptop ist einsatzbereit.

Erkenntnisse aus Latrinen

In unmittelbarer Nähe befand sich das spätantike Kastell (Castrum Rauricense), von dem noch mächtige Überreste gut sichtbar sind. Hier, am heutigen Heidemurweg, führte in römischer Zeit (1. bis 4. Jh. v. Chr.) eine wichtige Strasse vorbei, die direkt zur damaligen Rheinbrücke führte, sagt Grabungsleiter Cédric Grezet. Hier standen einige Wohnhäuser mit unterschiedlich genutzten Hinterhöfen.

Die Fachleute haben auf dem Areal fünf Baugruben ausgehoben, die sich im Wesentlichen im Bereich dieser Hinterhöfe befinden. Hier konnte das Grabungsteam Überreste von Holz- und Fachwerkhäusern nachweisen. Ebenfalls entdeckt wurden einige Latrinen (Plumpsklos). Deren Inhalt wurde untersucht, sodass man sich ein Bild von der Ernährung in Augusta Raurica vor rund 2000 Jahren machen kann.

An der Arbeit sind auch Zeichner, die jedes Detail der Fundstellen festhal-



Reichhaltige Funde. In Kaiseraugst wurden Skelette von Tieren und von einem Kleinkind gefunden. Foto Pino Covino

ten. «Die Zeichnungen», so Stefan Wyss, «lassen viel präzisere Darstellungen zu als Fotos.» Trotz guter technischer Hilfsmittel und Fotoapparate, die auch den Archäologen heute zur Verfügung stehen, kommen die Fachleute nicht ohne Zeichnungen aus.

Römer hielten Haustiere

«Die Menschen haben sich vor allem von Fisch, Singvögeln und Hühnern ernährt», sagt die Archäologin Sabine Deschler-Erb. Die ursprünglich am Oberrhein heimischen Kelten assen keine Singvögel, wohl hingegen die römischen Soldaten und die in ihrem Gefolge mitgezogenen Römer. «Schon damals gab es mediterrane Küche nördlich der Alpen», hält die Archäologin

fest. Besonders überraschend sei aber dennoch die gemachte Feststellung, dass damals hier selbst kleine Aale verzehrt wurden, was als edlere Fischart und als Delikatesse galt, so Deschler-Erb weiter.

Offenbar kam es irgendwann mal zu einem Brand: Denn üppige Reste verkohlter Linsen lassen darauf schliessen, dass dabei ein Linsenvorrat vernichtet wurde. Auch weitere Reste aus dem römischen Speiseplan liessen sich eruieren: Oliven, Äpfel, Birnen, Nüsse, Gemüse, Gewürze wie Dill oder Koriander. Dazu kamen Schmuck oder Gebrauchsgegenstände: Haarnadeln, Gürtelschnallen, Fibeln, Perlen und Münzen. Aber auch zahlreiche Ton-scherben werden immer wieder zutage

gefördert. Ans Tageslicht gefördert wurden aber auch Knochen von Haustieren, etwa von Hunden. Einige Knochen lassen darauf schliessen, dass es sich um einen Rüden von der Grösse eines Schäferhundes handelt. Ordentlich bestattet wurde zu jener Zeit auch ein totes Baby, dessen Überreste man ebenfalls fand. Cédric Grezet ist beeindruckt von der Fundstelle. Sie zeuge von einer lebhaften Unterstadt, als die Oberstadt bereits an Bedeutung verloren habe und aus noch unbekanntem Gründen aufgegeben worden sei. Gestern Nachmittag fand ausserdem ein Tag der offenen Grabung statt. Dabei konnte sich die Bevölkerung ein Bild von der Arbeit der Archäologen und deren ersten Erkenntnissen machen.